



## Antrag

der Fraktion der SPD

### **Erhalt der öffentlichen Trägerschaft für das UK S-H und der Universität Lübeck**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bekräftigt, dass das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein in der öffentlichen Trägerschaft des Landes bleiben muss.

Die Landesregierung wird deshalb aufgefordert, den eingeschlagenen Weg zur Sanierung des Unternehmens auf der Grundlage des Baulichen Masterplans weiter zu gehen, der auf der öffentlichen Trägerschaft des Landes für das UK S-H beruht. Deshalb möge sie von einer Privatisierung des UK S-H Abstand zu nehmen, durch die auch der Bestand der Universität Lübeck gefährdet würde.

#### Begründung:

Das UK S-H ist mit über 10.000 Beschäftigten der größte öffentliche Arbeitgeber im Land und der einzige Träger der medizinischen Maximalversorgung in Schleswig-Holstein. Schleswig-Holstein darf deshalb nicht zum einzigen Bundesland werden, in dem die öffentliche Verantwortung für die medizinische Maximalversorgung an private Träger abgegeben wird.

Der vorhandene Sanierungs- und Investitionsbedarf stellt eine große Herausforderung an das Land als Träger des UK S-H dar, kann jedoch auch durch öffentliche und private Partnerschaftsmodelle (PPP) sowie unter Hinzuziehung der Hochschulbaumittel des Bundes abgesichert werden. Dies war noch 2009 die Auffassung der Landesregierung im Zusammenhang mit dem Baulichen Masterplan für das UK S-H.

Die Beschäftigten des UK S-H haben in der Vergangenheit erhebliche Opfer an Arbeitszeit, Einkommen und Arbeitsqualität auf sich genommen, um das Unternehmen UK S-H zu stabilisieren und damit ihre Arbeitsplätze zu sichern. Gerüchte über einen Verkauf des Unternehmens sind auch ein Ausdruck der Respektlosigkeit gegenüber diesen Anstrengungen und tragen Verunsicherung unter die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich zwangsläufig auch auf die Qualität der Arbeit auswirken wird.

Der ungeklärte Status des UK S-H bedeutet zugleich eine Bestandsgefährdung für die Universität Lübeck, deren Existenz von der Verzahnung mit dem Universitätsklinikum in Lübeck abhängt. Es wäre für die Hansestadt Lübeck ein schwerer Qualitätsverlust, wenn sie künftig nicht mehr Universitätsstandort wäre; zugleich erfüllt die Universität Lübeck eine zentrale Funktion bei der Versorgung Schleswig-Holsteins und Deutschlands mit künftigen Medizinern. Diese Aufgabe kann nicht allein von der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel wahrgenommen werden.

Wolfgang Baasch  
und Fraktion